

Emissionshandel könnte teurer werden

Gesetz macht Weg für komplette Versteigerung von Zertifikaten ab 2012 frei

KLAUS STRATMANN | BERLIN

Die Bundesregierung regelt die Zuteilung von Emissionszertifikaten an die Industrie neu. Während die Zertifikate bislang kostenlos ausgegeben wurden, ebnet das Kabinett nun den Weg für eine Versteigerung. Das geht aus dem neuen Zuteilungsgesetz hervor, das dem Handelsblatt im Entwurf vorliegt. Der Wechsel zu einer Versteigerung der Papiere, die zum Ausstoß einer bestimmten Menge von Kohlendioxid berechtigen, könnte vor allem für die Energiebranche große Konsequenzen haben.

Das neue Zuteilungsgesetz definiert die Rechtsgrundlagen des Emissionshandels für die Zeit von 2008 bis 2012. Es dient der Umsetzung des zweiten Nationalen Allokationsplans (NAP II), den die Regierung Mitte des Jahres der EU-Kommission vorgelegt hat. In Paragraph 14 legt das Gesetz fest, dass die Regelungen für die Zeit von 2008 bis 2012 „einem zukünftigen Wechsel der Zuteilungsmethode nicht“ entgegenstehen. Mit anderen Worten: Nach 2012 sollen die Zertifikate komplett versteigert werden können, ohne dass die Empfänger daraus einen Schadensersatzanspruch geltend machen können. In der Begründung zum Gesetzentwurf heißt es, die Ankündigung eines Systemwechsels für die Zeit nach 2012 solle „einen sachgerechten Ausgleich schaffen zwischen der nötigen Flexibilität in der Zukunft und den Erwartungen der Betreiber im Hinblick auf die Planungssicherheit“.

Der Handel mit Emissionszertifikaten dient der Umsetzung der Kyoto-Ziele zum Klimaschutz. Den Anlagenbetreibern wurden zu Beginn des Handels im vergangenen Jahr kostenlos Zertifikate zugeteilt, die zur Emission einer bestimmten Menge Kohlendioxid berechtigen. Unterschreiten die Betreiber die ihnen zugestandenen Werte, weil sie etwa ihre Anlagen optimieren, behalten sie Zertifikate übrig, die sie verkaufen können. Im umgekehrten Falle müssen sie Zertifikate zukaufen. Klimaschädliche Emissionen erhalten damit einen Marktpreis.

Die Energieversorger pochen darauf, die Zertifikate auch über 2012 hinaus kostenlos zu erhalten. Sie argumentieren, die Ausstattung mit Zertifikaten sei ein wesentlicher Gesichtspunkt bei anstehenden Investitionen. Kraftwerksneubauten nach 2012 ließen sich derzeit nicht vernünftig kalkulieren, weil man nicht wisse, ob noch mit der kostenlosen Zuteilung zu rechnen sei. Zudem führe eine Versteigerung der Zertifikate zu steigenden Strompreisen.

Die Energiewirtschaft zählt zu den Nutznießern des Emissionshandels. Die Firmen der Branche stellen ihren Kunden die Zertifikate, die sie kostenlos bekommen haben, zum Marktpreis in Rechnung. Diese Einpreisung bescherte den Versorgern nach Schätzungen von Großabnehmern allein 2005 Zusatzgewinne von mehreren Milliarden Euro. Die Energiekonzerne wehren sich mit dem Hinweis, sie seien zu knapp mit Zertifikaten ausgestattet worden und hätten Emissionsberechtigungen zukaufen müssen. Derzeit prüft das Bundeskartellamt, ob die Einpreisung der Zertifikate durch die Konzerne rechens ist.

Fachleute befürworten seit langem eine Versteigerung der Zertifikate. „Das würde mehr Transparenz in den Markt bringen“, sagt Claudia Kemfert, Energieexpertin beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). „Auktionen führen nicht zu erhöhten Produkt- und Strompreisen, sondern sorgen für eine gerechtere Aufteilung der Kosten zwischen Unternehmen und Ver-

brauchern. Die Auktionserlöse können für die Steuerreduktionen und Investitionen in innovative Energietechnologien verwendet werden“, sagt die DIW-Expertin. Ähnlich bewertet Jürgen Hacker vom Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz (BVEK) die Auktionierung: „Der Marktpreis wäre nicht mehr leicht manipulierbar, tendenziell würden die Preise sinken. Der wesentliche Unterschied wäre, dass die Stromkonzerne nicht mehr überhöhte Marktpreise als Opportunitätskosten einpreisen könnten“, sagt Hacker.

Die EU erlaubt bereits in der 2008 beginnenden Handelsperiode, bis zu zehn Prozent der Zertifikate zu versteigern. Ob von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht werden soll, ist aber innerhalb der Bundesregierung noch umstritten. Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) zählt zu den Befürwortern der Auktionierung, Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) und Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) lehnen sie ab. Ob zehn Prozent der Zertifikate auktioniert werden, entscheidet sich im weiteren Gesetzgebungsverfahren. Der Zuteilungsgesetzentwurf des Umweltministeriums befindet sich in der Ressortabstimmung.



Text weiterleiten: Mail an forward@handelsblatt.com
Betreff: **Energiewirtschaft**
(Leerzeichen) 3 (Leerzeichen)
Mailadresse des Empfängers

UNGEAHNTE EFFEKTE

Überraschung

In den ersten Monaten nach Beginn des Handels mit Emissionszertifikaten kannten die Preise nur eine Richtung: Sie bewegten sich nach oben. In der Spitze kostete das Recht, eine Tonne Kohlendioxid zu emittieren, 30 Euro. Damit

hatte niemand gerechnet.

Überwälzung

Da die Energieversorger die Preise für die Zertifikate komplett an ihre Kunden durchreichen, lässt der Zertifikatehandel die Strompreise steigen. Ein gewollter Effekt, sagen

die Stromkonzerne. Eine gnadenlose Ausnutzung der Marktmacht, sagen die Kunden der Energieversorger. Das Einpreisen der Zertifikate ist mittlerweile ein Fall für das Bundeskartellamt. Die Behörde will bis zum Ende des Jahres entscheiden.

Sinkende Preise und Emissionen

Preis für ein EU-Emissionszertifikat*



Entwicklung der Kohlendioxid-Emissionen nach Sektoren

